

Abg. Schreck: Meine Herren! Ich werde nicht Anlaß haben, Sie lange aufzuhalten, weil ein großer Theil von Demjenigen, was ich bemerken wollte, durch Das, was vorher aufgetretene Redner gesagt haben, sich erledigt hat. Ich werde für den Deputationsantrag stimmen; was ich zu bemerken habe, erstreckt sich auf den Rentsch'schen Antrag. Ich hätte nicht geglaubt, daß wir auf eine Frage, welche von so hoher Wichtigkeit ist, heute zukommen und daß dieselbe auch im Principe heute zum Gegenstande der Beschlußfassung gemacht werden würde. Es ist diese Frage seit mehreren Monaten lebhaft besprochen worden und da dieselbe für Sachsen von hoher Wichtigkeit ist, so habe ich mich bei einer Anzahl von Sachverständigen erkundigt, um deren Ansichten hierüber zu hören und mein eignes Urtheil zu klären. Ich will alle Gründe, welche mich bestimmen, für die Prämienanleihe mich auszusprechen, heute nicht hervorheben; ich will nur vorläufig erwähnen, daß, wenn man auch anerkennt, daß moralische und volkswirthschaftliche Gründe gegen die Prämienanleihe sprechen, hier doch ganz das Nämliche gilt, was gestern bezüglich der Lotterie maßgebend für uns geworden ist. Es kann der Fall eintreten, daß bei Erwägung einer Frage, für deren Verneinung gewisse Gründe vorliegen, ebenso starke oder noch stärkere Gründe für das Gegentheil sprechen und daß man hierdurch zu der Anschauung kommt: es liege ein nothwendiges Uebel vor. Diejenigen Sachverständigen, welche ich hierüber gehört habe, haben beinahe in ihrer Gesamtheit dahin sich ausgesprochen: Unsere größeren Nachbarstaaten sind beinahe ohne Ausnahme in das System der Prämienanleihe eingetreten. In unseren Nachbarstaaten rings um Sachsen herum ist man bereits im Principe über diese Frage hinweg. Blicken Sie nach Oesterreich, oder nach Preußen, oder nach Rußland oder nach Bayern, alle diese Staaten sind nicht in der Lage, hiervon zurückzutreten, weil, wenn Prämienanleihe einmal creirt worden sind, eine lange Reihe von Jahren nothwendig ist, um das betreffende Geschäft abzuwickeln. Es ist von dem Herrn Abg. Günther bemerkt worden, man möge die Abstimmung nicht unberücksichtigt lassen, welche in dem preußischen Abgeordnetenhause stattgefunden hat. Ich erlaube mir aber, dem gegenüber einzuhalten, daß mit einem nicht geringen Theile der maßgebenden Finanzwelt die preußische Regierung darin einverstanden war, daß man die Prämienanleihe rücksichtlich jener 100 Millionen doch vorziehen solle, und ich glaube, daß, wenn auch bei der diesmaligen Session des preußischen Abgeordnetenhauses diese Frage eine verneinende Beantwortung erlangt hat, sie doch wieder zurückkehren wird und vielleicht schon beim nächsten preußischen Landtage eine andere Beantwortung erhält. Meine Herren! Unter diesen Umständen dürfen wir doch Sachsen in Bezug auf seine Größe nicht überschätzen. Wenn es feststeht, daß in Rußland, in Oesterreich, Preußen, Bayern, Baden, Hessen und anderen Staaten Prämienanleihe existiren, so, glaube ich, werden

wir unwiderbringlich mit dem Strome fortgerissen; wir können diese Thatsache nicht mehr ändern, wir haben kein Mittel, die anderen Staaten dazu zu zwingen, daß sie ihr System wieder aufgeben, und ist dies der Fall, so glaube ich, auch wenn die Prämienanleihe im Principe und moralisch zu verwerfen sind, so sind sie doch jetzt nach Lage der Sache auch für uns ein nothwendiges Uebel geworden. Von jenen Sachverständigen, welche ich darüber gehört habe, ist mir gesagt worden: Wer heut zu Tage in Sachsen noch gegen die Prämienanleihe sprechen und stimmen will, der ist in Anschauung der jetzigen Finanzlage hinter seiner Zeit zurück.

(Bewegung rechts.)

Das sind die Gründe, welche mich bestimmen, auch wenn ich im Principe und aus moralischen Gründen die Prämienanleihe mißbillige, mich doch dafür auszusprechen. Wir sind aber auch heute noch gar nicht so weit, daß wir definitiv über die Frage uns entscheiden sollen; es liegt uns bloß der Antrag vor, die Frage an die Deputation zu verweisen, unerwartet der Entscheidung der Frage wegen des Baues der Eisenbahn von Chemnitz über Adorf nach Hof. Ist dies der Fall, dann, glaube ich, können wir doch süglichen nicht sagen: wir wollen den Rentsch'schen Antrag ganz ablehnen und eine so hochwichtige Angelegenheit nicht einmal durch eine Deputation prüfen lassen. Meine Herren! Die Deputation würde sich keineswegs bloß mit der Frage zu beschäftigen haben: sind die Prämienanleihe aus moralischen Gründen und im Principe zu verwerfen? sondern sie würde vorzugsweise auch die Frage erwägen müssen: ist nicht die Situation Sachsens mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse anderer Staaten eine solche, daß, auch wenn Prämienanleihe im Principe zu verwerfen sein sollten, wir dennoch gezwungen sind, dergleichen Anleihen aufzunehmen? Von vielen sachverständigen Seiten ist mir vorzugsweise betont worden, daß gerade Sachsen sich in der Nothwendigkeit befinde, sich sehr bald hierüber schlüssig zu machen, weil Prämienanleihe von ganz colossalem Umfange in anderen Staaten in Uuregung sind und die Wahrscheinlichkeit dafür vorliegt, daß sie dort zum Abschluß und zur Genehmigung gelangen. Träte dieser Fall ein, dann würde es für Sachsen wieder einmal heißen: Zu spät! Ich werde daher mit Entschiedenheit für den Rentsch'schen Antrag stimmen, damit wir bei einer andertwärtigen Berathung und Beschlußfassung in erschöpfender Weise erfahren, was in Sachsen in dieser drängenden Frage zu thun sei.

Abg. Pörnitz: Meine geehrten Herren! So oft ich die Ehre hatte, in diesem Saale an Berathungen Theil zu nehmen, die über Eisenbahnanlagen sich erstreckten, habe ich mich jederzeit zu dem Principe bekannt, daß es nicht Aufgabe des Staates sei, Eisenbahnen da zu bauen, wo Privatunternehmer sich finden. Ich bin anfänglich mit